

Florian Hartleb

# DIE STUNDE DER POPULISTEN

Wie sich unsere Politik trumpetisiert  
und was wir dagegen tun können



WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG

Florian Hartleb

# Die Stunde der Populisten

Wie sich unsere Politik trumpetisiert  
und was wir dagegen tun können



**WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG**

## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag  
Dr. Kurt Debus GmbH  
Schwalbach/Ts. 2017

[www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelgestaltung: Ohl Design

Titelbild: Collage: Einike Soosaar; Shutterstock

Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

ISBN 978-3-7344-0464-1 (Buch)

ISBN 978-3-7344-0465-8 (E-Book)

# Inhalt

1. Einleitung .....	5
2. Populistische Erfolgswelle in Europa .....	13
3. Das Trump-Phänomen .....	31
4. „Wir gegen die-da-oben“ .....	57
5. Mediale Parallelwelt .....	67
6. EU – nein danke .....	81
7. Deutschland – keine rechtspopulismusfreie Zone mehr .....	97
8. Immigration und Flüchtlingskrise .....	109
9. Terrorangst .....	121
10. Blick auf die Unterstützer .....	135
11. Folgen für die Demokratie .....	151
12. Gegenstrategien .....	165
13. Plädoyer für eine nachhaltige Politik .....	195
Anmerkungen .....	213



# 1. Einleitung

Was ist mit unseren westlichen Demokratien los? Geben Demagogen bald den Takt vor? Ist US-Präsident Donald Trump ein Vorbote für Europa? Gibt es eine Sehnsucht nach dem „starken Mann“? Warum haben als Stand-up-Comedians getarnte Scharfmacher Konjunktur? Politische Blender, Scharlatane und Schurken ante portas? Kommen wir vom Weg der Freiheit ab? Ist der Ordnungsrahmen von Politik wirkungslos geworden? Europa in Schockstarre – erodiert es im Zuge einer Fin-de-siècle-Stimmung? Wurden aus Mutbürgern, die freiheitsliebend den Fall des Kommunismus bejubelten, das Ende der Ideologien herbeisehnten und sich in den Dienst der Zivilgesellschaft stellten, egogesteuerte Wutbürger, die sich von der Demokratie abwenden und in fataler Konsequenz skrupellosen Narzissten auf dem Leim gehen? 2016, das Jahr des Populismus, Menetekel eines Zeitalters der Angst und Unsicherheit und einer allgemeinen, virtuell befeuerten Empörungswelle, hat viele Fragen aufgeworfen – vieles scheint möglich. Demokratische Werte stehen auf dem Spiel. Kaum eine Wahl in Europa vergeht, ohne dass Kommentatoren eine Friedhofsstimmung herbeibeschwören und einen Warnschuss nach dem anderen erkennen. Die Panik scheint groß: Nach der Stichwahl für die Präsidentschaft in Österreich vom Dezember 2016, in welcher der Rechtspopulist Norbert Hofer fast die Hälfte der Stimmen (46,2 %) holte, twitterte Martin Schulz, damals Präsident des Europäischen Parlaments, der Sieg des Gegenkandidaten Alexander van der Bellen sei „eine schwere Niederlage für Rückwärtsgewandtheit, Nationalismus und antieuropäischen Populismus.“<sup>1</sup> Diese eigenwillige Interpretation verdeutlicht einmal mehr, wie hoch die populistischen Wellen derzeit schlagen.

Nachrichten über das irritierende Trump-Phänomen in den USA bestimmen auch im gebeutelten Europa die Debatten.

Der sonst so besonnene Außenminister Frank-Walter Steinmeier bezeichnete den Wahlkämpfer Trump als „Hassprediger“<sup>2</sup>. Nun lenkt dieser als Präsident die Weltgeschichte. Die Erfolge von Populisten lassen aufhorchen. „Politische Hooligans“ seien im Auftrieb, lamentiert ein Kommentator.<sup>3</sup> Dagegen wirkt so manch politische Hoffnung zu Beginn des 21. Jahrhunderts wie aus einer anderen Zeit. Papst Johannes Paul II., Symbolfigur des Sieges der Freiheit über den Kommunismus, äußerte 2004, im Jahr der EU-Osterweiterung, bei der Verleihung des Karlspreises: „Ich denke an ein Europa ohne selbstsüchtige Nationalismen, in dem die Nationen als lebendige Zentren kulturellen Reichtums wahrgenommen werden, der es verdient, zum Vorteil aller geschützt und gefördert zu werden.“<sup>4</sup>

Der Beziehungsstatus lautet „Es ist kompliziert“: Die Wahl von Donald Trump hat das Weltgefüge beziehungsweise die bisherige transatlantische Achse als Fixpunkt der Nachkriegsordnung verändert. Die USA werden sich stärker auf sich selbst beziehen. Für die anstehenden Wahlen in Europa verheißt das nichts Gutes. Nun häufen sich Schreckensnachrichten zur politischen Großwetterlage. Es wird einige Zeit brauchen, die aktuellen Entwicklungen aufzuarbeiten und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Griechenland-Krise, wirtschaftliche Probleme in Ländern wie Spanien und Italien, die russische Aggression auf der Krim und in der Ukraine, die Flüchtlingsherausforderung, der drohende Brexit, islamistischer Terrorismus, die „Säuberungswelle“ in der Türkei, der Glaubenskrieg im Nahen Osten mit einem zerstörten Syrien – all das hat dazu geführt, dass sich die etablierte Politik Europas in einem permanenten Krisenmodus befindet. In der Flüchtlingskrise sind tiefe Gräben entstanden. Ein Europa der offenen Grenzen weicht einem der Abschottung – mehr Viktor Orbán und weniger Angela Merkel, die zeitweise für eine „Willkommenskultur“ stand. Keine Politikeransprache aus Europa, den USA, Russland oder der Türkei kommt derzeit ohne den Hinweis aus, dass wir in schwierigen und unsicheren Zeiten leben. Die Grenzen zwi-

schen demokratischen und demagogischen Beschwörungen scheinen dabei zunehmend zu verschwimmen. Feindbilder sind schnell bei der Hand: Autoritäre Staatsstrukturen, Terroristen und Populisten wenden sich gegen Humanismus und ziviles Miteinander, was doch alle eigentlich wollen.

Europa ist nicht von einem „Ring der Freundschaft“ „von Marokko bis Russland und die Schwarzmeer-Region“ umgeben, wie es sich 2002 EU-Kommissionspräsident Romano Prodi einst wünschte.<sup>5</sup> In Europas Nachbarschaft sind Konflikte, zwischenstaatliche Kriege, Gebietsbesetzungen und gar ein Staatszerfall zur Normalität geworden. Die Bertelsmann-Stiftung, die in ihrem Transformationsindex Demokratien und Autokratien im globalen Rahmen untersucht, spricht mittlerweile gar von einem „Ring des Feuers“<sup>6</sup>. War 2011 noch das Jahr des Protestlers (so das *Time*-Magazin), der für Freiheit und Selbstbestimmung etwa für den „Arabischen Frühling“ auf die Straße geht, ist davon kaum noch etwas zu spüren. Noch vor Kurzem forderten gewichtige Stimmen, die Türkei solle Mitglied im europäischen Club und Leuchtturm der Demokratie mit einer Ausstrahlung für die Region sein. Seit Präsident Recep Tayyip Erdoğan sein Land nach einem mysteriösen Putsch vom 15. Juli 2016 mit brachialen Methoden „säubert“, die an den Totalitarismus des 20. Jahrhunderts erinnern, hat sich das Land von westlichen Standards weit entfernt. Das Parlament ist faktisch außer Kraft gesetzt. Allein das Bildungsministerium hat mehr als 15.000 Staatsbedienstete entlassen, vorwiegend Lehrer. Erdoğan hat Radio- und TV-Sender abgeschaltet, schwarze Listen kursieren. Die Leitungen aller Hochschulen sollen neu besetzt werden.<sup>7</sup> Die weiteren Entwicklungen deuten darauf hin, dass jede Opposition im Keim erstickt werden soll. Auch prokurdische Kräfte sind davon betroffen. Es herrscht eine Atmosphäre von Angst und Gewalt, zumal nun auch noch Terrorismus die instabile Lage verschärft und zu weiteren drakonischen Maßnahmen, etwa gegen die Kurden, führt.

Erfolgsmeldungen gehen dabei im Zuge der Mammutaufgaben fast unter. Liberale demokratische Modelle müssen sich nicht nur mit neuen autoritären Entwicklungen und Intoleranz auseinandersetzen, sondern werden fundamental herausgefordert. Internationale Beziehungen basieren auf „schmutzigen Deals“ oder, weniger harsch formuliert, auf reinen Zweckvereinbarungen – mit Partnern wie Russland und der Türkei. Es zeichnet sich ein völlig neuer Wettbewerb ab, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind, weder global noch an Europas Peripherie noch innerhalb Europas. Der ungarische Premierminister Viktor Orbán kündigte bereits 2014 an, einen „illiberalen Staat“ errichten zu wollen.<sup>8</sup> Im 21. Jahrhundert befördern zwar die globale Vernetzung durch das Internet und die damit verbundene Fixierung auf den westlichen Lebensstil beständig die Ausbreitung der Demokratie. Undurchschaubare Geheimdienstaktivitäten auch in der westlichen Welt (etwa die Überwachungs- und Spionageaffäre um die US-National Security Agency (NSA) im Jahr 2013) sorgen jedoch dafür, dass das Misstrauen der Bevölkerung nicht schwindet und lassen befürchten, der Schutz der Privatsphäre stehe im Zuge der technologischen Revolution nach wie vor auf dem Prüfstand.

Vom Optimismus von 1989/90, vom „Siegesszug der liberalen Demokratien“ ist wenig übrig geblieben. Längst vergessen scheint, dass bereits in den 1970er und 1980er Jahren alle Ampeln für Demokratisierung und Europäisierung auf Grün standen und Griechenland, Spanien und Portugal ihre autoritären Regime hinter sich gelassen haben. Offenbar steht die Demokratie vor einem Paradigmenwechsel. So sorgt der kurz vor den Pariser Terrorattacken im November 2015 erschienene Roman „Unterwerfung“ des französischen Schriftstellers Michel Houellebecq für heftige Diskussionen über die Landesgrenzen hinaus. Houellebecq beschreibt darin ein Land, das von islamistischem Fundamentalismus und Rechtsextremismus erschüttert, ja, traumatisiert ist.<sup>9</sup> Gilt das für ganz Europa? Nach den

Terrorattacken von Nizza und Würzburg im Juli 2016, beide von Einzeltätern begangen unter Berufung auf den „Islamischen Staat (IS)“, schrieb Torsten Krauel, Chefkomentator der Tageszeitung *Die Welt*, alarmistisch: „Die Angst, die Politiker und Manager einst zu RAF-Zeiten spürten, ist heute im Alltag angekommen. Das Gefühl wächst: Es kann jede Frau, jeden Mann, jedes Kind treffen, tagsüber oder nachts. Eine solche Situation haben die Deutschen in ihrer Gesamtheit zuletzt im Zweiten Weltkrieg erlebt. Damals konnten die Luftangriffe auch jeden treffen.“<sup>10</sup> Der Lkw-Anschlag von Berlin auf einen Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 hat die Situation von Ohnmacht und Panik noch einmal verstärkt. Ähnliches steht mit Blick auf die Europäische Union im Raum. „Ist Europa noch zu retten?“, fragt die *Bild*-Zeitung<sup>11</sup> etwa im Zuge der Brexit-Diskussion.

Die jüngsten politischen Entwicklungen machen demokratischen Multiplikatoren große Sorgen. Gesellschaftliche Spaltungstendenzen haben sich in die politischen Systeme eingespeist; das lässt sich etwa an der Verbreitung von Hasskommentaren ablesen, die viele Medien dazu zwang, Debatten zu aktuellen Themen, gerade im Zusammenhang mit der „Flüchtlingswelle“ oder dem Terrorismus, einzustellen. Die Empörung greift de facto in Echtzeit via soziale Medien um sich – Bilder und Symbole werden aus dem Zusammenhang gerissen und sorgen bei einem Massenpublikum für Emotionen und reflexhafte Empörungswellen. Für die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stellen diese Entwicklungen eine ganz neue Herausforderung dar. Es geht wieder darum, Grundlagenwissen zu vermitteln, etwa über den Wert einer repräsentativen Demokratie oder eines zusammenwachsenden Europas jenseits nationaler Alleingänge. Wie ernst die Zeiten sind, zeigen die zahlreichen Untergangsszenarien selbst in seriösen Medien. Das gilt mittlerweile auch für Deutschland, wo man sich durch die „Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit“ gegen rechtspopulistische Tendenzen lange immun wähnte.

Was steckt hinter dem Vormarsch der Volksverführer, was ist ihr Erfolgsrezept? Warum schlägt die Stunde der Vereinfacher derzeit so laut und schrill? Welche Gegenstrategien gibt es – wie können wir dem demokratischen Leben neue Glaubwürdigkeit einhauchen und wieder mehr Vertrauen in die Politik schaffen?

„Trumpetisiert“ unsere Politik, was bedeutet:

- Ist Donald Trumps Wahlkampfstrategie auf Europa übertragbar, quasi als neuer Referenzpunkt für zeitgenössisches Kampagnenmanagement?
- Verhindert die Exzentrik des Kandidaten eine ernsthafte Auseinandersetzung über globale Krisen?
- Hat politisches Unternehmertum jetzt Konjunktur, zählen Verkäuferqualitäten mehr als Konzepte?
- Was motiviert die Masse der Unterstützer? Sind sie bloß von niederen Instinkten getrieben?
- Wie stark beeinflussen eine Anti-Establishment-Attitüde und eine Politik der Exklusion die gegenwärtige Europapolitik?
- Warum haben es die herkömmlichen Muster und Formen der repräsentativen Demokratien derzeit so schwer?
- Steht die Marke „Trump“ für eine politische Zäsur, für die Erosion der westlichen Demokratien und der Nachkriegsordnung?

Das Verb „trumpetisieren“ eignet sich auch dadurch, da es mit dem Musikinstrument Trompete assoziiert wird. Ausdruckstark im Klang, kann sie für ganz unterschiedliche Musikstile eingesetzt werden. Ob im Orchester oder im Solo, beim Kammerpiel, im Jazz oder Pop – das einst dem königlichen Hof vorbehaltene Blasinstrument ist sehr vielseitig. Im Alten Testament (Josua, Kapitel 6) wurde die Stadt Jericho – die Stadt des „verheißenen Landes“, das die Israeliten erobern wollten – unter dem Klang der Trompeten zerstört. Durch das laute Blasen stürzten die dicken Stadtmauern am siebten Tag ein, sodass die Stadt schnell erobert und geplündert werden konnte. Die Trompete hat eine besondere Symbolik. „Sie ist auf große Ent-

fernungen zu hören, lärmend, nachdrücklich, triumphierend. (...) Engel, Propheten und Priester blasen die Trompete und beschwören damit eine Wirkmacht transpersonaler Bereiche herauf, die das Bewusstsein mit der Auflösung alter Formen (...) wahrnimmt.“<sup>12</sup>

Das vorliegende politische Sachbuch will Aufklärungsarbeit betreiben und politik- wie gesellschaftsberatend konkrete Empfehlungen herausarbeiten. Es beschreibt, wie die Demagogen agieren, und erläutert, wie sie in Schach gehalten werden können. Nur wer ihre Logik versteht, kann das globale Phänomen, das längst in westlichen Demokratien – vermutlich dauerhaft – Fuß gefasst hat, auch wirksam bekämpfen. Dabei stützt sich dieses Buch methodisch auf einen Dreiklang: erstens auf die medial-publizistische Diskussion unter Einbeziehung sozialer Medien, zweitens auf die akademische Einschätzung und drittens auf Statements und Verlautbarungen der Akteure selbst. Am Ende stehen konkrete Empfehlungen, wie man die vertrackte aktuelle Situation bewältigen und populären Irrtümern begegnen kann.

Das Buch geht zunächst der Erfolgswelle von Populismus in ganz Europa auf den Grund. Der Blick in die USA soll mögliche Trends für Europa aufspüren. Der Trump-Wahlkampf zeigte eine neue Dimension an Demagogie und Anti-Establishment-Attitüde. Trumpetisierung meint Vereinfachung, Polarisierung und Ausgrenzung in Kampagnenform. Auch deshalb ist es wichtig, die mediale Parallelöffentlichkeit genauer ins Visier zu nehmen. Besonders fortschrittlich geben sich die Rechtspopulisten in Österreich. Nach dem Brexit-Schock und den „EU – nein danke!“-Kampagnen der Populisten stellt sich die Frage, was in Europa schief läuft. Auch Deutschland ist keine „rechtspopulismusfreie Zone“ mehr. Die Alternative für Deutschland (AfD) hat für Wirbel in der deutschen Parteienlandschaft gesorgt, wird aller Voraussicht nach in den nächsten Bundestag einziehen und profitiert von einer offenbar zunehmend polarisierten Öffentlichkeit. Dafür sorgen zwei Themen: die neue

Dimension von Immigration durch die Flüchtlingskrise sowie eine erhöhte Terrorgefahr. Die jüngsten Anschläge mit außergewöhnlichem Symbolwert haben nicht nur in Frankreich und Deutschland die Bevölkerung verunsichert. Nun hat die Stunde der Populisten geschlagen. Demagogen können auf eine breite Unterstützerschaft zählen, wie das Brexit-Referendum und die jüngsten Wahlen zeigen. In einem angeblich „postfaktischen“ Zeitalter ändern sich die Funktionsmechanismen der repräsentativen Demokratien. Der US-Präsidentenwahlkampf gibt hier wenig Anlass zur Hoffnung. Umso wichtiger ist es, nicht nur über Gegenstrategien nachzudenken, sondern konkrete Schritte zu ergreifen im Sinne einer nachhaltigen Politik. Immerhin scheint sich das Vulgäre in die Politik hineinzufressen.

Tallinn, Februar 2017

Florian Hartleb

## 2. Populistische Erfolgswelle in Europa

Populisten als Wahlgewinner mit teilweise historischen Bestmarken, betretene Gesichter hingegen bei den etablierten Parteien, Ratlosigkeit bei den politischen Kommentatoren, die ein politisches Erdbeben konstatieren – bei den letzten Wahlen quer durch Europa ein gängiges Bild. Die Erfolgswelle der Demagogen in Europa reißt nicht ab, weshalb sie die Aufmerksamkeit über nationale Grenzen hinweg auf sich ziehen. Fast überall haben sich sogenannte Anti-Establishment-Parteien als relevante politische Akteure etabliert. In einigen Ländern wie Deutschland, Finnland oder Schweden kamen sie bei den jüngsten Wahlen als Begleiterscheinungen hinzu. Es gibt damit kaum mehr weiße Flecken auf der europäischen Landkarte. Schon vor Jahren war von einem „populistischen Zeitgeist“<sup>1</sup> die Rede, der nun offenbar nicht nur anhält, sondern sich kontinuierlich ausbreitet.

Als Prototyp des zeitgenössischen Rechtspopulismus kann der Österreicher Jörg Haider gelten, der 1986 handstreichartig die Macht der eigentlich nationalliberalen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) übernommen hatte. Der damals 36-Jährige machte den grundlegenden Wandel der Parteiausrichtung bereits in seiner Antrittsrede deutlich: „Wir sind ein verlässlicher Partner für jene, die heute abseits stehen. Wir sind daher auch keine Partei im üblichen Sinne, wir sind eine politische Bewegung, die man besser als eine ständige Bürgerinitiative bezeichnen könnte.“<sup>2</sup> Haider wollte keine Basisdemokratie schaffen, sondern seiner Partei einen autoritären Stempel aufdrücken. Mit ihm fand der Begriff des Populismus Eingang in politische, journalistische und akademische Diskussionen. Eine europaweite Debatte über die Gefahren des

Rechtspopulismus entwickelte sich, als Haider seine Partei 2000 bis zur Regierungsbeteiligung führte. Es gelang der FPÖ damit, das starre, langjährige Korsett der Großen Koalition aus Christdemokraten und Sozialdemokraten aufzubrechen. Daraufhin haben die anderen EU-Mitgliedstaaten umstrittene und folgenreiche Sanktionen eingeleitet. Nach der schnellen Entzauberung des Juniorpartners, nicht zuletzt aufgrund der destruktiven Politik Haiders, der jedoch nicht Teil der Regierung war, dachten viele, das richtige Rezept sei, Populisten in die Verantwortung zu nehmen. Mittlerweile hat sich die Hoffnung, dass sie sich an der Macht selbst dekonstruieren, zer schlagen. Die FPÖ ist unter Heinz-Christian Strache erfolgreicher als je zuvor. Bei der Nationalratswahl von 2013 erzielte sie 20,5 %, bei zahlreichen Wahlen auf Landesebene schnitt sie jedoch weitaus erfolgreicher ab. Bei der Landtagswahl in Oberösterreich im September 2015 kamen die Freiheitlichen auf 30,4 %. In nationalen Umfragen rangieren sie regelmäßig auf Platz eins, womit eine Regierungsbeteiligung wieder in Reichweite scheint. Ihr Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer scheiterte bei der Stichwahl im Mai 2016 nur hauchdünn (49,7 %), worauf die FPÖ Gerüchte nährte um mögliche Unstimmigkeiten bei der Wahl und vom Verfassungsgericht recht bekam. Die Stichwahl musste wiederholt und schließlich erneut verschoben werden. Die damit verbundenen Verschwörungstheorien lassen sich nicht mehr aus der Welt schaffen, ebenso wenig die Titulierung „Bananenrepublik“ der Boulevardmedien.<sup>3</sup> Bei der Wahl vom 4. Dezember 2016 unterlag Norbert Hofer dann deutlicher. 46,2 % können dennoch als ein bemerkenswertes Ergebnis gelten. Österreich ist polarisiert. Die FPÖ kann davon weiter profitieren – mit Blick auf die nächste Nationalratswahl im Herbst 2018. Ein eher unbeliebter, politisch linksliberal ausgerichteter Präsident und die Große Koalition dürften den Rechtspopulismus weiterhin befördern. Vorgezogene Neuwahlen gelten als wahrscheinlich.

Als weiterer früher Trendsetter des Rechtspopulismus kann der französische Front National (FN) gelten. In Frankreich begann in den 1980er Jahren der schleichende Aufstieg des Front National (FN) unter Jean-Marie Le Pen. Le Pen, einst Kämpfer für die Fremdenlegion, erlebte am 21. April 2001 eine Sternstunde und verursachte ein politisches Erdbeben, das für damalige Verhältnisse ganz Europa erschütterte. Er erreichte mit einem Stimmenanteil von 16,9% im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen den zweiten Platz. Damit konnte er Lionel Jospin, den Kandidaten der Linken, der fünf Jahre lang das Amt des Premierministers bekleidet hatte, aus dem Rennen werfen und zum ersten Mal in einer Stichwahl gegen den konservativen Präsidenten Jacques Chirac antreten. Le Pen erhielt dann lediglich 17,8% der Stimmen, Chirac 82,2%. Breite Teile der Linken solidarisierten sich mit Chirac. Danach büßte die Partei an Stärke und Stimmen ein. Dennoch gelang der zentralistisch organisierten Partei bei der Präsidentschafts- und Parlamentswahl von 2012 ein Comeback. Möglich war der Erfolg durch eine Modernisierung: Am 16. Januar 2011 wurde die Tochter von Jean-Marie, Marine, mittels einer Kampfabstimmung zur Nachfolgerin gewählt. Am 22. April 2012 übertrumpfte sie mit 17,9% Stimmen den Wahlerfolg ihres Vaters von 2001 und fuhr damit das beste Ergebnis in der Geschichte des Front National bei Präsidentschaftswahlen ein, was aber nicht zur Stichwahl reichte. Die Partei verfügt über eine stabile Wählerbasis und ist trotz ihrer Radikalität in den Augen vieler Franzosen keine Gefahr für die Demokratie, zumal viele die Ansicht des FN teilen, es gebe zu viele Immigranten. Ihr Kampf um nationale Identität macht sie auch zu mehr als einem temporären Protest- oder Krisenphänomen. Marine Le Pen will ihre Partei für breite Teile der Bevölkerung wählbar machen und nahm dafür auch den Bruch mit ihrem Vater, der sich immer wieder in radikaler Weise äußert, in Kauf. Die Zeiten, in denen die Partei ausgegrenzt wird („*cordon sanitaire*“), sind lange vorbei. Im Zeichen des Terrors und angesichts einer zutiefst

verunsicherten Nation könnte Marine Le Pen bei den nächsten Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017 für eine Sensation sorgen. Die Schwäche der Sozialisten macht einen Finaleinzug wahrscheinlich. Deren unbeliebter Präsident François Hollande tritt nicht mehr an. Die ganze politische Klasse steht unter Kritik. Wieder dürften die Kommentatoren von einem Siegeszug des Rechtspopulismus und der Gefahr für die Demokratie sprechen, auch wenn Le Pen kaum gewählt werden wird.

Der Chemieunternehmer Christoph Blocher wandelte ab Beginn der 1990er Jahre die einst liberal-konservative Schweizerische Volkspartei (SVP) in eine rechtspopulistische Partei um. In der Schweizer Allparteienregierung hat sie einen festen Platz. Sie wurde 2003 sogar zur stimmen- und mandatsstärksten Partei, weshalb die von 1959 an geltende Sitzverteilung geändert wurde, welche den vier großen Parteien stets die gleiche Zahl an Sitzen zugestanden hatte („Zauberformel“). Nachdem ihn die SVP nach der Wahl von 2007 düpierte und sich eine andere Kandidatin durchsetzte, zog sich der Patriarch etwas zurück – was der Partei keineswegs schadete. Bei der letzten Parlamentswahlen 2015 konnte sie mit fast 30% ihren bis dato größten Erfolg verbuchen. Der Journalist Roger Köppel, einstiger *Welt*-Chefredakteur und einflussreicher Verleger, zog für die Partei ins Parlament ein. Ihren Einfluss spielt die SVP auch über die besonderen Möglichkeiten für direkte Demokratie aus.

In Italien gelangte die 1989 gegründete regionalistische Lega Nord erstmals 1994 an die Regierung. Die Koalition unter Ministerpräsident Silvio Berlusconi scheiterte schnell. Berlusconi selbst, Medientycoon und Fußballpräsident des AC Mailand, gründete kurz zuvor mit dem Namen „Forza Italia“ (Fußballslogan „Vorwärts, Italien!“) eine clubartig organisierte Massenbewegung, die nach Marketingmethoden ausgerichtet war. Dabei nutzte er den Zusammenbruch des Parteiensystems aus. 2001 schmiedete Berlusconi erneut ein Bündnis der Macht. Der Unternehmerpopulist schlug zeitweise eine „Parteifusion“ mit der Lega Nord vor, die aber nicht zustande kam. Die in

Norditalien organisierte Lega Nord wettert gegen Immigranten, „das Zentrum“ in Rom und den „ärmeren Süden“. Lange fungierte Umberto Bossi als Schlüsselfigur der Partei, bis er 2012 im Zuge zahlreicher Ermittlungen wegen Korruption und Geldwäsche zurücktrat. Bossis Sohn veruntreute Steuergelder, Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Das Familienimperium brach zusammen und die Partei war schon „totgesagt“, bis Matteo Salvini sie 2013 übernahm. Der Journalist konzipiert Lega Nord ganz nach dem Vorbild des französischen „Front National“. Er will die Partei mit Tiraden gegen den Euro und Immigration weniger separatistisch und mehr gesamtnational ausrichten – sozusagen als Stimme des Unmuts in Italien, die Berlusconis „Forza Italia“ beerbt. In Umfragen zeichnet sich eine Renaissance der Partei ab. Obwohl er im Europäischen Parlament sitzt, begrüßt Salvini den „Brexit“.

In den Niederlanden brach im Jahr 2002 eine populistische „Revolte“ aus. Kurz nachdem Pim Fortuyn, Spitzenkandidat und Namensgeber der Partei, mitten im Wahlkampf durch einen Terroristen ermordet wurde, kam die Liste Pim Fortuyn (LPF) auf 17%. Die Partei, die sich anschließend schnell zerstritt, war ganz auf die Person des Soziologieprofessors zugeschnitten, der aus seiner Homosexualität keinen Hehl machte. Der Parteigründer war so dominant, dass Mitglieder posthum spekulierten, was wohl in seinem Sinne gewesen wäre. Dabei hatte die LPF nicht einmal ein Programm. Fortuyn kann als Prototyp des heutigen, antiislamisch ausgerichteten Rechtspopulisten gelten. Erfolgreich ist nun ebenfalls mit diesem zentralen Thema Geert Wilders. Seine 2006 gegründete Partei für die Freiheit (PVV) besteht nur aus zwei Mitgliedern: der Parteistiftung und ihm selbst. (Anders als beispielsweise in Deutschland gibt es in den Niederlanden kein Parteiengesetz.) Im gleichen Jahr zog die PVV mit 5,9% direkt in das Parlament ein. Nachdem sie 2010 auf 15,5% kam, tolerierte sie die Minderheitsregierung. Beobachter kamen zu folgendem Urteil: „Wenn es ein

Foto gibt, das im Jahr 2010 in den Niederlanden oft in den Nachrichten gewesen ist, dann ist es wohl dieses: Drei Herren im Anzug, von denen einer außerordentlich zufrieden den Ton angibt, während die beiden anderen wie brave Pfadfinder auf ihren neuen Wölflingsführer blicken. Es sind, von links nach rechts, Maxime Verhagen, Führer der niederländischen Christdemokratie; Mark Rutte, momentan liberal ausgerichteter Ministerpräsident der Niederlande; und Geert Wilders, einziges Mitglied der PVV, Parlamentarier und zurzeit Dulder des Rutte-Kabinetts.<sup>4</sup> Das Bündnis blieb nicht von Dauer: Nach zahlreichen Querelen kündigte Wilders die Zusammenarbeit auf und führte zwei Jahre später vorgezogene Neuwahlen herbei. Hierfür kassierte er die Quittung; seine Partei erzielte lediglich 10,1 %. In der aktuellen Stimmung erhält die PVV deutlichen Aufwind. Wilders geht noch einen Schritt weiter als Fortuyn, sieht im Islam eine totalitäre Ideologie, die Europa mit dem Untergang bedroht. Im Oktober 2010 musste er sich wegen „Anstachelung zu Diskriminierung“ vor Gericht verantworten. Einmal mehr kam es nun zu einem Prozess, in dem sich der Niederländer erneut als Opfer inszenierte. Hintergrund war eine Äußerung vom März 2014. Wilders fragte nach der Kommunalwahl seine Anhänger: „Wollt ihr mehr oder weniger Marokkaner?“ Die johlende Menge brüllte mehrmals „Weniger“ („*minder, minder Marokkanen!*“). Wilder entgegnete lächelnd: „Dann werden wir das regeln.“ Im Urteil vom 9. Dezember 2016 wurde er wegen Beleidigung und Diskriminierung zwar schuldig gesprochen, ohne dass dies jedoch strafrechtliche Konsequenzen nach sich zog. Auch diese juristische Niederlage wird Wilders vermutlich zur Wählermobilisierung in einen propagandistischen Sieg umdeuten. Vor allem war es kostenlose Wahlwerbung, steht ihm doch ein kleineres Budget als den konkurrierenden Parteien zur Verfügung. Die Äußerungen nahm der Niederländer nicht zurück, im Gegenteil. Als Bündnispartner diskreditiert er sich damit, als Stimmenfänger für die anstehende Wahl nicht.<sup>5</sup> Außenseiterstatus und Anfeindungen ist Wil-

ders gewohnt: Seit Jahren steht er unter Polizeischutz und wechselt ständig seine Wohnorte. Seine Anti-Islam-Haltung steigerte er mit Blick auf den Parlamentswahlkampf 2017. Auf Twitter präsentierte die Ein-Personen-Partei das Wahlprogramm: Wilders will den Koran verbieten, alle islamische Schulen und Moscheen schließen und macht sich für einen Austritt aus der EU stark.<sup>6</sup> Die Forderungen stehen im Widerspruch zur Verfassung und internationalen Rechtsordnung. Die politische Landschaft des Landes, das einst als besonders konsensual („Poldermodell“) und tolerant galt, hat er schon jetzt nachhaltig verändert. Ende November 2016 beschloss das Parlament ein Burkaverbot – der Erfolg einer Kampagne, die Wilders einst gestartet hatte.

Ähnlich wie der Front National ist der Vlaams Belang (VB) in Belgien konzipiert – mit dem Unterschied, dass die Partei für ein unabhängiges und ethnisch homogenes Flandern eintritt. Die 1978 gegründete VB kann ab Mitte der 1980er Jahre stabile Wahlerfolge verzeichnen. In den 1990er Jahren prägte Filip Dewinter, obwohl nie Vorsitzender, die Partei. Wie in Frankreich und den Niederlanden steht der Antiislamdiskurs an erster Stelle. Die Massenimmigration wird zum großen Übel erklärt. Ursprünglich hieß die Partei Vlaams Blok. Ende 2004 urteilte der Hohe Gerichtshof in Belgien letztinstanzlich, dass der Partei indirekt schwere Verstöße gegen die Gesetze zum Rassismus vorzuwerfen sind. Schon mit dem neuen Namen verbuchte die Partei bei den flämischen Parlamentswahlen mit 24,2% ihren größten Erfolg. Durch eine neue separatistische, konservativer ausgerichtete Konkurrenz, die „Neu-Flämische Allianz“, hat der VB jedoch deutliche Einbußen verzeichnen müssen. Selbst bei den flämischen Parlamentswahlen kam er 2014 nur noch auf 5,9%.

Auch in Skandinavien, speziell in Dänemark und Norwegen, hat der Rechtspopulismus eine lange Tradition. Die dänische Fortschrittspartei wurde 1972 gegründet und bekam bei der Parlamentswahl ein Jahr später aus dem Stand 15,9% der

Stimmen. Hinter ihr stand der Steueranwalt Mogens Glistrup, der im Fernsehen damit prahlte, keine Einkommenssteuer zu zahlen. In den 1980er Jahren richtete er die Partei immer stärker auf das Thema „Einwanderung“ aus. Noch bei der Wahl 1994 erhielt sie 6,4 %, bevor sie in der Bedeutungslosigkeit versank. An ihre Stelle trat ab 1995 eine Abspaltung, die Dänische Volkspartei (DF), die ebenfalls die Immigrationsfrage in den Mittelpunkt stellte. Ab den Parlamentswahlen von 2001, bei denen sie 12 % der Stimmen erzielt hatte, wurde sie zehn Jahre lang von verschiedenen Mitte-rechts-Minderheitsregierungen toleriert. Einen historischen Erfolg verbuchte die DF bei der letzten Parlamentswahl von 2015, als sie auf 21,1 % der Stimmen kam. Wieder ist sie das „Zünglein an der Waage“. Theoretisch wäre es denkbar gewesen, dass sie den Regierungschef stellt. Nach dänischem Vorbild und Muster gründete sich 1973 in Norwegen ebenfalls eine Fortschrittspartei (FrP). Auch sie wurde zwischen 2001 und 2005 von der Regierung toleriert. Seit der letzten Wahl 2013 ist die Partei Koalitionspartner in einer Minderheitsregierung, nachdem sie von fast 23 % (2009) auf 16,3 % zurückfiel. Im Zuge des Terrorismus von Anders Behring Breivik, der einst der Partei angehörte, sich dann aber radikalisierte, entbrannte 2011 eine Debatte über die Gefährlichkeit der FrP und des Rechtspopulismus in Europa. Der Fortschrittspartei hat das aber nicht nachhaltig geschadet.

Schweden ist ein „Nachzügler“: Die Schwedendemokraten kamen 2010 erstmals ins Parlament, steigerten sich vier Jahre später von 5,7 % auf fast 13 %. 1988 gegründet, waren sie einst rechtsextremistisch ausgerichtet, weshalb die anderen Parteien sie immer noch ausgrenzen. In heutigen Umfragen erzielen sie einen weitaus höheren Prozentsatz. Auch Finnland hat mittlerweile neue Erfahrungen mit Rechtspopulisten. Die „Wahren Finnen“ (mittlerweile „Die Finnen“) holten bei den Parlamentswahlen vom April 2011 fast aus dem Stand 19,1 %. In der Euro-Währungskrise und im Zuge der verabschiedeten

Rettungspakete für in Not geratene Länder fragten sie: „Warum sollen wir Finnen für Portugal zahlen?“ Entscheidende Figur hinter dem Projekt ist Timo Soini, der im Europaparlament saß. Er schrieb seine Abschlussarbeit an der Universität Helsinki über Populismus. 2015 büßte die Partei zwar an Stimmen ein (17,7%), ist nun aber Teil der Regierung. Soini wurde Außenminister. Momentan kämpft die Partei mit einem Glaubwürdigkeitsproblem, da sie zahlreiche Wahlversprechen nicht erfüllen kann.

Das sprachlich und kulturell verwandte Estland hat in der Entwicklung nachgezogen. Auch im baltischen Staat, einst wider Willen Teil der Sowjetunion, konnte eine rechtspopulistische Formation, die Estnische Konservative Volkspartei (EKRE), bei der letzten Wahl von 2015 mit 8,1% der Stimmen in das Parlament einziehen. Ähnlich wie beim Front National hat eine Familie für die Parteiführung eine besondere Bedeutung. Der ehemalige Botschafter Mart Helme fungiert als Vorsitzender, sein Sohn Martin ist Stellvertreter. Die nationalistisch ausgerichtete Partei macht in jüngster Zeit v. a. gegen Flüchtlinge Stimmung.

Mittlerweile ist auch Deutschland mit Rechtspopulismus konfrontiert. Im Zuge der Euro-Währungskrise gründete sich die Alternative für Deutschland (AfD) wenige Monate vor der Bundestagswahl 2013. Verfehlte sie damals den Einzug in das nationale Parlament nur knapp, kann sie seither zahlreiche Erfolge auf Landesebene verbuchen. Sie profitiert nicht nur vom Protestwahlverhalten in ostdeutschen Bundesländern, sondern ist auch in westdeutsche Parlamente eingezogen. Bei den Landtagswahlen erzielte sie zweistellige Ergebnisse. Das Ergebnis bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom Frühjahr 2016, 24,3%, war der größte Erfolg einer rechtspopulistischen Partei in der Geschichte der Bundesrepublik. Ihr Gründungsthema „Euro-skeptizismus“ erweiterte die AfD nach dem Vorbild des Front National und der FPÖ um harsche Kritik an der Flüchtlingspolitik. Maßgeblich ist sie in Opposition zu den anderen Par-

teien für die Polarisierung der öffentlichen Debatte im Lande verantwortlich, die ihr massive mediale Präsenz verschafft hat. Eingeschränkt schaden der Partei nur die Querelen in der Führung, v. a. der Austritt des Parteigründers Bernd Lucke, der erfolglos eine neue Partei gegründet hat – ein erstaunlicher Befund, erweist sich das Personal in den Parlamenten doch häufig als politikunfähig oder radikal.

Ein Einzug der AfD in den nächsten Bundestag nach den Wahlen im Herbst 2017 ist sehr wahrscheinlich geworden. Zum ersten Mal säße in der Bundesrepublik Deutschland eine rechtspopulistische Formation im nationalen Parlament. Für Aufsehen im Ausland sorgte die Pegida-Bewegung, die Abkürzung steht für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Hauptsächlich von Dresden aus haben sich seit Oktober 2014 tausende „Wutbürger“ aus der gesellschaftlichen Mitte versammelt, um gegen „den Islam“, Immigranten und das Establishment aufzumarschieren. Ihren Zenit erreichte die Bewegung, als etwa 20.000 Menschen in Dresden auf die Straße gingen, zumeist mobilisiert über Facebook. Auch Geert Wilders trat in Dresden auf. Im Juli 2016 sperrte Facebook die zentrale Pegida-Seite. Bereits vorher verlor die Bewegung deutlich an Zuspruch.

In Großbritannien trug eine rechtspopulistische Partei, die UK Independence Party (UKIP), maßgeblich dazu bei, dass das Vereinigte Königreich in einem Referendum am 23. Juni 2016 zur allgemeinen Verblüffung für den Austritt aus der EU votierte. Damit konnte die entscheidende Figur dahinter, der Parteivorsitzende und Europaabgeordnete Nigel Farage, den vielleicht größten realpolitischen Erfolg einer rechtspopulistischen Kraft überhaupt verbuchen und die letzte Etappe eines langjährigen Feldzugs gegen die EU feiern. Farage war für seine polemischen Reden im Europäischen Parlament berüchtigt und setzte die konservative Partei um Premierminister David Cameron unter Druck, das Referendum zu initiieren. 1993 gegründet, steigerte sich die UKIP bei der letzten Unterhauswahl

2015 von 3,1 % auf 12,6 %. Vermutlich um die Folgen des Brexit nicht verantworten zu müssen, trat Farage von der Parteispitze zurück. Sein Mandat in Brüssel behielt er. Die Partei, die dadurch einen massiven Glaubwürdigkeitsverlust erlitten hat, befindet sich seither im Sinkflug. Farage selbst sucht die Nähe zu Donald Trump.

Autoritäre Führungsstile sind in Mittelosteuropa zunehmend populär. Der Populismus dort ist einflussreicher als in Westeuropa. Im Regierungsstil zeigen sich folgende Muster: Nationale Sonderwege werden flankiert von massiven Einschränkungen rechtsstaatlicher Prinzipien, insbesondere der Pressefreiheit und einer Skepsis gegenüber EU und Globalisierung. Die Flüchtlingskrise hat hier zu einer Radikalisierung in Wort und Tat beigetragen. Deutlich zeigt sich das in Ungarn. Viktor Orbán, ungarischer Premierminister und Vorsitzender der Fidesz-Partei, ließ einen vier Meter hohen Grenzzaun mit Stacheldraht an der Grenze zu Serbien errichten, um sich des Flüchtlingsandrangs zu erwehren. Mit dessen Fertigstellung im Oktober 2015 kam die illegale Einwanderung praktisch zum Erliegen. Orbán handelte offensichtlich im Einklang mit der Bevölkerungsmehrheit. Obwohl der Anteil ausländischer Staatsbürger in Ungarn nur 1,4 % beträgt, unterstützten zwei Drittel der Befragten den Bau des Zauns.<sup>7</sup> Mittlerweile will Orbán den Stacheldrahtzaun zu einem unüberwindlichen Wall ausbauen, damit „nicht einmal mehr Vögel ohne Kontrolle auf ungarisches Territorium vorstoßen können“<sup>8</sup>. In der Migration sieht er nichts Positives, im Gegenteil. Dabei startete Orbán einst als Liberaler. Mit 26 Jahren hielt er am 16. Juni 1989 bei der feierlichen Umbettung des von den Sowjets exekutierten Ministerpräsidenten Imre Nagy vor 150.000 Menschen eine vielbeachtete Grabrede und forderte mutig den Abzug der sowjetischen Truppen.

War Orbán in der ersten Phase als Ministerpräsident zwischen 1998 und 2002 noch eher gemäßigt, verschärfte er nach zwei Wahlniederlagen seinen politischen Standpunkt deutlich.

Schon 2002 und 2006 konnte der Politiker den Umstand, dass sich nach seiner Lesart „eine Nation“ in Opposition befinde, schwerlich akzeptieren. Entscheidend für die Wandlung zum Rechtspopulismus war das Jahr 2006. Der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány gestand in einer internen Sitzung ein, die Wahlen Monate zuvor nur mit Lügen gewonnen zu haben. Das Tonbandprotokoll wurde den Medien vorgespielt. Wörtlich äußerte Gyurcsány, einer der reichsten Ungarn, auf vulgäre Weise. „Wir haben beschissen und gelogen, morgens, tagsüber und abends! Wir haben es versaut!“ Der Protest entlud sich auf der Straße; der Rechtsextremismus erstarkte. Politiker von Orbáns Fidesz-Partei blieben den Parlamentssitzungen fern. 2010 schließlich konnte Viktor Orbán eine Zweidrittelmehrheit erreichen, womit er einen „Umbau des Staates“ vornehmen konnte – im wahrsten Sinne des Wortes. Seine Maßnahmen begründete er mit der in der Tat katastrophalen Wirtschaftssituation, die er bei Amtsantritt vorfand. Eine neue Verfassung, ein Mediengesetz, ein Wahlregistrierungsgesetz und viele andere Vorschriften sollen die Hegemonie dauerhaft sichern und vor sozialistischen „Landesverrättern“ schützen. 2014 konnte Fidesz (vom lateinischen *fides*: „Treue, Glaube“) die Vormachtstellung behaupten, auch wenn sie knapp die Zweidrittelmehrheit verlor. Orbáns Ungarn ist massiver Kritik (v. a. durch das Mediengesetz) ausgesetzt. Die EU-Kommission und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) rügten mehrmals Rechtsverletzungen. Im Europäischen Parlament, wo Viktor Orbán sich erklärte, wurde heftig debattiert. Nach der plötzlichen Schließung der größten unabhängigen Tageszeitung, der linksgerichteten Népszabadság, am 8. Oktober 2016 fürchteten sogar die USA in einer offiziellen Stellungnahme, dass der Meinungspluralismus im Lande nicht mehr gegeben sei, und appellierten an die Regierung, mit der OSZE zusammenzuarbeiten.<sup>9</sup> Für das kritische Westeuropa steht Orbán in einer Reihe mit Le Pen, Strache & Co. Während des Trump-Wahlkampfes machte er aus